

Simonis, Udo E.

**Book Part**

## Umweltforschung am IIUG - Rückblick und Ausblick

**Provided in Cooperation with:**  
WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Simonis, Udo E. (1988) : Umweltforschung am IIUG - Rückblick und Ausblick, In: Udo E. Simonis (Ed.): Lernen von der Umwelt - Lernen für die Umwelt: theoretische Herausforderungen und praktische Probleme einer qualitativen Umweltpolitik, ISBN 3-924859-51-5, Edition Sigma, Berlin, pp. 13-24

This Version is available at:  
<http://hdl.handle.net/10419/122543>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

## Umweltforschung am IIUG - Rückblick und Ausblick

Udo Ernst Simonis

Je nachdem, ob man die Einrichtung einer ersten Forschergruppe oder aber die förmliche Institutionalisierung zum Bezugspunkt nimmt, besteht das Internationale Institut für Umwelt und Gesellschaft (IIUG) seit nunmehr elf bzw. zehn Jahren. Mit dem Ende des Jahres 1987 geht die zweite IIUG-Programmphase zu Ende. Danach werden sich Inhalt und Art der Umweltforschung am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) ändern. Wir nehmen dieses Jubiläum als Anlaß zu einer Tagung, zu der ich Sie hiermit herzlich willkommen heiße.

Ein Jubiläum ist eine gute Gelegenheit zu einem Rückblick auf die Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung, zu einem Blick auf offene Fragen und zu einem Vorausblick auf zukünftig interessante Themen. Ich konzentriere mich dabei - mit Ihrer Erlaubnis - auf die Erfahrungen am IIUG, weil ich vielen von Ihnen damit zugleich einen Dank abstaten kann für mehrjährige Zusammenarbeit, für persönliches Wohlwollen und fachliches Interesse.

Der Blick zurück erinnert mich zunächst an die Übernahme der Leitung des Instituts vor nunmehr sechs Jahren. Ich hatte aus Günter Kunerts "*Verspäteten Monologen*" zitiert: "Wissen ist Ohnmacht. Über uns selber ... wissen wir schon zu viel. So sind uns vor allem unsere Schwächen vertraut und damit verzeihlich geworden". Als neuer Leiter eines nicht

---

Begrüßungsrede aus Anlaß der IIUG-Tagung: "Umweltqualität und Umweltpolitik - Perspektiven sozialwissenschaftlicher Umweltforschung", Reichstag, Berlin, 3. bis 4. Dezember 1987.

mehr ganz neuen Instituts, das sich sozialwissenschaftlicher Umweltforschung widmen sollte, hatte ich dem Verfasser dieser Sätze eine umweltbezogene These entgegengehalten: "Wissen ist die Macht, Ohnmacht zu überwinden. Über den Zusammenhang von Gesellschaft und Umwelt wissen wir nicht genug. So werden uns täglich neue Schwächen bekannt - und sie werden immer weniger verzeihlich."

Obwohl keineswegs auszuschließen ist, daß es für bestimmte Bereiche unserer natürlichen Umwelt und in bestimmten Teilen der Welt nur noch um *verspätete Monologe* geht, haben meine Mitarbeiter und ich für *frühzeitige Dialoge* plädiert. Wir stellten unser Forschungsprogramm entsprechend unter die Leitidee "*Präventive Umweltpolitik*".

Eine Begründung hierfür findet sich auch bei Günter Kunert, wenn er sagt: "Wir halten jede Kur für aussichtslos, solange sie nicht angewendet wird, weil sie beim Einzelnen nicht anschlägt. Erst die anderen, dann ich. Was bleibt bei solch klarem Bewußtsein, als in einer Ecke zu knien und den Kopf zu verstecken. Aber er findet sich immer wieder ..."

In der Tat, an unserem Institut waren im Schnitt 25 "Köpfe" versammelt, die sozialwissenschaftliche Umweltforschung betreiben sollten. Auch wenn das Prinzip "Erst die anderen - dann ich" im Hinblick auf umweltbewußtes Verhalten überall zu beobachten ist, so gab und gibt es doch auch den umgekehrten Fall: "Einer beginnt - und andere machen mit." Eine Minderheit beginnt sich umweltgerechter zu verhalten - und die Mehrheit folgt. Sozialwissenschaftliche Umweltforschung muß solchen Fragen nachgehen, muß herausfinden, *warum* die Umwelt geschädigt wird und was zum Wandel im Bewußtsein und im Handeln führt.

Es war für uns von Anfang an klar, daß die Industriegesellschaft auf Kollisionskurs ist zur natürlichen Umwelt - und damit letztlich mit sich selbst. Die Gesellschaft muß also ihre Zielstruktur ändern, ein neues Verhältnis zur Natur finden, eine ökologische Perspektive entwickeln - die Bestimmung und Gewinnung von *Umweltqualität* zur Aufgabe machen. Eine ökologische Perspektive für das Sozialverhalten und für gesellschaftliche Institutionen zu entwickeln, heißt primär und vor allem, die Bedeutung

der Abhängigkeit des Menschen und der Gesellschaft von der Natur zu erkennen, das langfristige Angewiesensein auf eine funktionsfähige Ko-Existenz zu begreifen. Theoretische und empirische Forschungen, die eine solche Perspektive entwickeln oder dazu beitragen, dürften sowohl wichtiges Erklärungswissen als auch nützliches Gestaltungswissen liefern: Sie sind potentiell *definitionsmächtig*, weil sie in überlebensrelevanten Prinzipien verankert sind; sie sind potentiell *nützlich*, weil die Beachtung ökologischer Kriterien zur Entwicklung überlebensfähiger Strukturen beiträgt.

Wenn man eine solche Behauptung aufstellt, werden viele sagen: unmöglich. Es mag hier sehr wohl ein Problem geben, das der Synchronisierung, das der Politik bedarf. Manche Menschen lernen schnell, einige so schnell, daß es sie verwirrt; manche lernen zu langsam. So muß denn Politik das Lernen der Langsamern dem Lernen des Durchschnitts anpassen. Oft aber sind Einzelne, manchmal ist der Durchschnitt schneller im Lernen als die Politik: Dann hat die Politik selbst einen Nachholbedarf.

Wir haben aus diesen Überlegungen ein Grundverständnis der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung entwickelt, ein *praktikables Kriterienbündel*, das wir zwar zunächst nur unserer eigenen Arbeit vorgegeben haben, das ich aber dennoch hier vorstellen möchte, weil ich es auch nach mehreren Jahren intensiver Forschungserfahrung weiterhin für relevant halte - und auch für andere und für die Zukunft für bedeutsam erachte. Ich werde dieses Grundverständnis in vier Thesen zusammenfassen.

#### *These 1:*

Sozialwissenschaftliche Umweltforschung hat mit den vielfältigen Wechselwirkungen zwischen komplexen Systemen zu tun; diese Wechselwirkungen können grundsätzlich gegenseitig fördernd, vor allem aber gegenseitig behindernd oder zerstörend sein. Sozialwissenschaftliche Umweltforschung sollte daher im Grundsatz von einem holistischen Begriff der "Umwelt" und der "Gesellschaft" ausgehen. Umwelt ist mehr als Luft, Wasser, Abfall, Lärm; Gesellschaft ist mehr als der Staat. Umwelt endet nicht an Staatsgrenzen, und Gesellschaft endet nicht beim Bund. Ökologische Systeme sind ja oft viel umfassender als der Einflußbereich eines politischen Systems. Ein Land kann die Elbe nicht säubern, das wissen wir. Acht Län-

der meinen, die Nordsee retten zu können. Vierundzwanzig Industrieländer wollen das Ozonloch stopfen, und vielleicht gelingt das. Wie aber kann man präventive Umweltpolitik international konzipieren und organisieren?

Aus unserer Einsicht in gesellschaftlich-ökologische Interdependenzen haben wir konzeptionell die Konsequenz gezogen, das Forschungsprogramm nicht streng medien-spezifisch auszurichten, also: separate Forschung zu Luft, Wasser, Boden usw. zu betreiben. Zwar sind detaillierte sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte über einzelne Umweltmedien notwendig, vielleicht sogar verstärkt notwendig, doch muß sozusagen der Verdacht auf "Problemverschiebung" und "Problemverlagerung" projekt-inhärent angelegt sein. Partialansätze schaffen bestenfalls partielle Lösungen - eine schon etwas ältere Weisheit ...

Unsere vertiefenden Studien zur Luftreinhaltepolitik haben eben dies bestätigt: daß es auch bei den technokratisch effizientesten Lösungen zu medialer Problemverschiebung und regionaler Problemverlagerung kommt. Bei der medien-spezifischen (und der stoff-spezifischen) Umweltpolitik sind offenbar zwei Gesetzmäßigkeiten im Spiel: (a) ein "Gesetz der folgenschweren Unterlassungen" und (b) ein "Gesetz der multiplen Folgen von Entscheidungen". Abgas-Katalysator, Rauchgas-Entschwefelung, Abwasser-Reinigung, Müll-Deponierung usw. sind Beispiele hierfür.

Eine weitere Konsequenz bestand darin, daß wir versucht haben, unsere Forschungsprojekte möglichst international vergleichend anzulegen und zu erproben. Sehr viel umweltbezogenes Wissen, das bei uns entsteht, ist in England oder in Indien schon nicht mehr anwendbar. Zu viele nationale Lösungsvorschläge sind gescheitert, die "Vor-Reiter" sind in Brüssel nicht angekommen. Es ist zwar möglich, lokale und regionale - vielleicht sogar nationale - "Umweltoasen" zu schaffen, doch die Umweltbedingungen der Welt als Ganzes müssen erträglich bleiben.

#### *These 2:*

Sozialwissenschaftliche Umweltforschung sollte anwendungsbezogen sein, wobei die Handlungsorientierung sich aber nicht auf die zentralstaatliche Ebene beschränken darf. Nicht nur, weil die umweltbezogenen Zuständig-

keiten zum Teil woanders ressortieren, sondern auch, weil die praktische Umsetzung von Forschungsergebnissen letztlich auf der Bereitschaft der Menschen beruht, das, was man aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnis politisch von ihnen verlangt, auch generell mitzutragen.

Mein früherer Kollege Karl W. Deutsch hat diesen Sachverhalt einmal wie folgt umschrieben: "Die Politik ist wie ein Eisberg. Die sichtbaren Befehle und die sichtbaren Strafmandate des Staates sind vielleicht ein Neuntel dessen, was tatsächlich vor sich geht. Unter der Wasseroberfläche ist die Gewohnheit der vielen, die meisten Gesetze zu befolgen und im Einvernehmen mit den meisten politisch gestellten Vorschriften zu handeln."

Es gibt aber einen größeren und vermutlich sogar weiter zunehmenden Teil wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aktivitäten, die nicht mehr quasi-automatisch zu guten Ergebnissen führen. Man braucht zum langfristigen Erhalt der Umwelt also Wissen darüber, welche gesellschaftlichen Aktivitäten man im Grunde sich selbst überlassen kann, welche durch Beratung und Überzeugung modifiziert werden müssen und welche der aktiven Steuerung bedürfen. Die entsprechende Abgrenzung ist konzeptionell nur ansatzweise bewältigt, ein Konsens darüber noch nicht vorhanden.

Verschiedene Erhebungen haben ergeben, daß die Bevölkerung insgesamt beim "Umweltschutz" – und das ist eher konträr zum Thema "Arbeitsplätze" – den Staat bzw. staatliche Institutionen als hauptsächlich zuständige Regulierungsinstanzen nicht nur wahrnehmen, sondern auch wünschen. Die entsprechenden Meinungsäußerungen liegen in der Bundesrepublik zwischen 75 und 85 Prozent, je nach Parteizugehörigkeit.

Wir haben hieraus Konsequenzen gezogen: Neben den Forschungsprojekten, die sich der Kategorie "Evaluationsforschung" – im Sinne der Analyse staatlicher Umweltpolitik – zuordnen lassen, haben wir Projekte durchgeführt, die das Umweltverhalten von Unternehmen, Individuen und gesellschaftlichen Gruppen analysierten. Außer der Frage nach den Entstehungsbedingungen und Artikulationsformen des *Umweltbewußtseins* interessierten uns besonders die Hindernisse, die einem tatsächlich *umweltgerechten Verhalten* entgegenstehen. Daß hier eine große Diskrepanz beste-

hen kann, ist durch mehrere Studien belegt worden. Burkhard Strümpel hat es auf den Begriff gebracht: "Grüne Gefühle - technokratische Argumente!" Im konkreten Fall, in dem Handlungsalternativen nicht gesehen oder nicht eröffnet werden, wird auch hohes Umweltbewußtsein in einer Sackgasse, d.h. in einer Handlungsblockade enden.

Ein ähnliches Dilemma haben wir in bezug auf die *Umweltberichterstattung* entdeckt. Nicht nur, daß weiterhin erhebliche Restriktionen für eine medien-übergreifende integrierte Umweltberichterstattung bestehen; die dominierende medien-spezifische Umweltberichterstattung ist auch zu wenig handlungsorientiert. Daten werden erhoben - doch es werden häufig "Friedhöfe" daraus. Unsere Analysen der Informationsgewinnung und -verarbeitung machten deutlich, daß es Interessenkonstellationen gibt, die quasi zwangsläufig zu Informationsrückhaltung und Informationsverzerrung führen. Offenlegung der relevanten Daten - dies ist eine Grundbedingung demokratischer Umweltpolitik, frühzeitige Offenlegung eine solche *präventiver Umweltpolitik*.

Eine holistische, strikt präventive Umweltpolitik ist unseren Forschungsergebnissen zufolge allerdings bisher in keinem Land tatsächlich verwirklicht, obwohl der Vorsorgeaspekt in vielen umweltpolitischen Programmen und gesetzlichen Bestimmungen besonders betont wird. Insofern hat das Vorsorgeprinzip bisher primär - von Einzelbeispielen abgesehen - nur eine symbolische Funktion. Die Evaluation der praktizierten Umweltpolitik läßt allerdings von Fall zu Fall große Unterschiede erkennen, die vom Typ "verspätetes punktuelles Sanierungs- und Schadensmanagement" bis hin zum Typ "rasch wirksame reaktive Politik" reichen.

Zur Frage der Effizienz staatlicher Umweltpolitik (Evaluationsforschung) gibt es inzwischen zahlreiche und zum Teil anspruchsvolle Untersuchungen. Das IIUG hat hierzu seinen Beitrag geliefert - und dies besonders durch international vergleichende Betrachtungen. Der ökologische Gesamtzusammenhang wurde hierbei stets zu beachten versucht, so daß das wesentliche Ergebnis kaum verwundert: Auch in den umweltpolitisch erfolgreichen Ländern treten mediale Problemverschiebungen und regionale Problemverlagerungen auf - das Beispiel Japan nicht ausgenommen ...



"Kreativität und Innovationsfähigkeit" in wichtigen umweltpolitischen Grundsatzfragen, "beispielhafte Regulierungs- und Anreizinstrumente", "neue Wege in der Rechtssprechung", "der ökologisch sensible, mündige Bürger" und "Druck der öffentlichen Meinung" - all dies sind notwendige Voraussetzungen dafür, daß sich reaktive, nachsorgende Umweltpolitik hin zu präventiver, vorsorgender Umweltpolitik entwickelt. Sie sind notwendig, aber nicht hinreichend, wenn die "ökologische Perspektive", die von vornherein holistische, auf die Gesamtheit und Interdependenz der Umweltaspekte gerichtete Sichtweise fehlt.

Damit komme ich zu einer weiteren Schlußfolgerung, die für die sozialwissenschaftliche Umweltforschung zu ziehen ist: Neben der Informations-, der Verhaltens- und der umweltpolitischen Evaluationsforschung halten wir die Evaluation der sonstigen, besonders umweltrelevanten Fachpolitiken für eine wichtige Aufgabe sozialwissenschaftlicher Forschung. Einzelne Fachpolitiken, denen eine herausragende Bedeutung bei der Belastung (bzw. bei der Entlastung) der natürlichen Umwelt zukommt, sollten systematisch im Hinblick auf ihre fehlende ökologische Ausrichtung bzw. ihre mögliche ökologische Orientierung untersucht werden, weil nur so auf Dauer die notwendige ökologische Strukturanpassung von Wirtschaft und Gesellschaft gelingen kann.

Manches hierzu ist geleistet, anderes muß noch getan werden. Am IIUG haben wir uns auf die Energie-, die Agrar-, die Technologie- und die Entwicklungshilfepolitik konzentriert. Eine allgemeine Einschätzung der diesbezüglichen Forschungsergebnisse zeigt, daß eine Ökologisierung dieser Politikbereiche nur sehr bedingt erfolgt ist. So hat z.B. die zu Beginn der 80er Jahre vorhandene Orientierung der *Energiepolitik* am Ziel der Energieeinsparung generell an Dynamik verloren, obwohl einzelne, sehr erfolgreiche örtliche Modellvorhaben durchgeführt worden sind. Auch in der *Agrarpolitik* ist es nur partiell zu einer ökologischen Anpassung gekommen, kaum in der Regulierung der intensiven Tierhaltung. Bei der *Technologieentwicklung* kam es zwar zu vielversprechenden Ansätzen emissionsarmer, integrierter Technologien, doch dominieren im technischen Umweltschutz weiterhin die nachsorgenden (end-of-the-pipe)Technologien. Die *Entwicklungspolitik* ist bezüglich der Projektplanung (weniger in ihrer

Strategie) besser als ihr Ruf und konzeptionell weiter fortgeschritten als so manche Projektplanung hierzulande. Doch der Brundtland-Bericht ist zurecht eine Mahnung an uns alle!

Entsprechend vorsichtig muß daher die Frage der weiteren Ökologisierung dieser Fachpolitiken eingeschätzt werden. In der *Energiepolitik* würde dies insbesondere systemorientierte Strukturanpassungen, eine Regionalisierung der Energieversorgung, einen Umstieg auf Energiesparttechnologien und einen Einstieg in die Solarenergie erfordern. In der *Agrarpolitik* dürfte aufgrund institutioneller Verkrustungen eine konsequente Ökologisierung auch weiterhin auf große Hindernisse stoßen; sie würde nicht einen generellen Subventionsabbau, sondern vielmehr umfangreiche Umschichtungen der Subventionen für die ökologische Strukturanpassung des landwirtschaftlichen Sektors erfordern. Was die *technologischen Innovationen* angeht, so dürften die deutlich günstigeren Betriebskosten integrierter Technologien zur Fortsetzung eines allgemein positiven Trends beitragen, vorausgesetzt, die Ansätze einer umweltverträglichen Technologiepolitik werden erweitert und systematisch umgesetzt.

Insgesamt läßt sich sagen, daß ökologische Aspekte in den genannten - und am IIUG untersuchten - Politikbereichen partiell bedeutsam geworden sind, ohne daß dabei zwischen beiden ein kausaler Zusammenhang unterstellt werden dürfte. Oft sind partielle Erfolge auch nur anderen, günstigen Umständen zu verdanken. Umgekehrt ist nicht zu übersehen, daß umweltbezogene Maßnahmen im Einzelfall auch nachteilige Effekte hervorgebracht haben, so etwa durch die Privilegierung "nachgeschalteter" Umweltschutztechnologien im industriellen Bereich, durch die Festlegung zu hoher Belastungswerte in der Landwirtschaft oder durch die Subventionierung eher ungeeigneter Energiesparttechnologien. Größere Chancen für eine Ökologisierung dieser (und anderer) Fachpolitiken ergeben sich daher vorwiegend dort, wo bereits günstige Interessen-Koalitionen bestehen und wo die generell erforderliche ökologische Strukturanpassung durch geeignete energie-, agrar- und technologiepolitische Maßnahmen gefördert werden kann.

### *These 3:*

Sozialwissenschaftliche Umweltforschung sollte grundsätzlich interdisziplinär sein – oder zumindest doch eine Modifizierung traditioneller wissenschaftlicher Konzepte, Begrifflichkeiten und Methoden beinhalten. Und natürlich sollte die Kooperation mit den Naturwissenschaften gesucht werden. Die teils besorgniserregende Zunahme an Umweltbelastungen und Umweltschäden läßt sich ja nicht zuletzt auch auf konzeptionelle und handlungsorientierte Schwächen der traditionellen Fachdisziplinen zurückführen.

Am IUUG waren fünf sozialwissenschaftliche Fachdisziplinen vertreten: Juristen, Psychologen, Soziologen, Politologen und Ökonomen. Die Kooperationsformen bei der Projektarbeit waren allerdings breit gestreut: Es gab Monodisziplinarität bei kleinen Projekten, es gab Multidisziplinarität bei größeren Projekten; und es gab viel guten Willen, von einander zu lernen: Interdisziplinarität also! Aber es gibt leider auch äußerst wirkungsvolle Rahmenbedingungen, die eine interdisziplinäre Umweltforschung behindern: Insbesondere ist die akademische Laufbahn noch immer weitgehend fachspezifisch abgeschottet – Interdisziplinarität wird institutionell zu wenig begünstigt.

Wenn ich "Interdisziplinarität" neben "Anwendungsorientierung" und "Internationalität" als notwendige und wünschenswerte Kriterien sozialwissenschaftlicher Umweltforschung benenne, so ist damit eine leicht erscheinende, aber – wie ich gestehen muß – äußerst schwierige Integrationsaufgabe gestellt. Da könnte eine externe Anfrage hilfreich sein, die uns im Sinne eines Projektvorschlages erreicht hat: Vorgeschlagen wurde *ein Projekt über uns selbst* – ein Projekt über die Auswirkungen der Umweltdiskussion auf die sozialwissenschaftlichen Fachdisziplinen! Werden die Sozialwissenschaften der ökologischen Herausforderung schon gerecht? Ich möchte diese Fragen hier an dieser Stelle nicht beantworten, ich möchte sie vielmehr an uns alle weitergeben ...

Als Mitglied einer sozialwissenschaftlichen Fachdisziplin weiß ich, daß vieles auf den Weg gebracht ist: Die Ökonomen haben z.B. recht früh damit begonnen, die Beschäftigungseffekte der staatlichen Umweltpolitik zu messen und ihr auf diese Weise sozusagen eine ökonomische Legitimation

zu verschaffen. Doch steht die Kritik des tradierten ökonomischen Paradigmas, der herkömmlichen ökonomischen Begrifflichkeiten und Konzepte angesichts der teils dramatischen Erfahrungen mit Umweltproblemen hierzulande und in der Welt als Ganzem nach wie vor an, aber noch nicht auf der Tagesordnung. Und dies dürfte so oder in ähnlicher Weise auch für die anderen sozialwissenschaftlichen Fachdisziplinen gelten. Es gilt daher, Integration nicht nur im Sinne der Kooperation der Experten zu suchen, sondern auch im Sinne der - sich hoffentlich gegenseitig befruchtenden - Kritik des herkömmlichen Expertenwissens.

Die Forschungsaktivität zu Umweltfragen ist insgesamt äußerst rege: Der vom Umweltbundesamt im Februar 1987 vorgelegte Umweltforschungskatalog (UFOKAT) weist für die Bundesrepublik Deutschland und Österreich über 20.000 nach dem 1. April 1984 begonnene oder beendete Forschungs- und Entwicklungsvorhaben aus - Vorhaben, die ein finanzielles Volumen von 4,6 Mrd. DM ausmachen sollen. Alles in Ordnung also?

Nun, einmal umfaßt diese Statistik nicht nur den Hochschul- und den staatlich geförderten Bereich, sondern auch die private Wirtschaft. Es besteht zudem meines Erachtens ein eklatantes Ungleichgewicht zwischen naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Umweltforschung: Während viel in die Verbesserung der Technik zur Messung der Luft-, Wasser- und Bodenbelastung investiert worden ist, ist relativ wenig investiert worden, um herauszufinden, *warum* Luft, Wasser und Boden verschmutzt werden! Zum anderen hängt vieles auch davon ab, wie man den Begriff "Umweltforschung" definiert: Einzelne Wissenschaftler sind sehr flexibel in der Etikettierung ihrer Vorhaben ...

Was ich aber beklage, ist die organisatorische Rigidität dort, wo der innovative Geist vermutet wird: Es gibt viel Engagement seitens einzelner Wissenschaftler und Fachgebiete; es gibt zahlreiche Seminare, Veranstaltungen, Veröffentlichungen und zunehmend mehr fragende Studenten. Doch die große institutionelle Anstrengung der Universität blieb bisher aus.

Eine Statistik der Forschung und Lehre zu Umweltthemen an den *Universitäten* der Bundesrepublik - gäbe es sie - böte ein eher beschämendes

Bild: bisher kein Sonderforschungsbereich Umweltwissenschaft; kein universitärer Forschungsschwerpunkt Systemökologie; erste Schritte nur zu einem Zentralinstitut Umweltforschung, einer Europäischen Umweltakademie; ganze zwei Lehrgebiete für Umwelttoxikologie; zwei halbe (!) Lehrstühle für Umweltökonomie; geteilte Lehrstühle für Umweltrecht, Umweltsoziologie, Umweltpsychologie, ja auch Umweltpolitik - organisatorisch weitgehend Fehlanzeige!

Erfreulicher sind dagegen die Entwicklungen in den Natur- und Technikwissenschaften: Dort gibt es mehrere Fachgebiete für Luft- und Wasserreinigung, für Abfallwirtschaft, gar einen Fachbereich Umwelttechnik, Ansätze gar zu ganzheitlicher Ingenieurausbildung ...

Die *außeruniversitären ökologischen Forschungseinrichtungen* sind inzwischen zahlreich - bei uns und zunehmend auch anderswo -, doch fehlt ihnen in aller Regel der für eine anspruchsvolle Forschung notwendige "lange Atem". Die Mittel sind knapp oder müssen von Projekt zu Projekt neu eingeworben werden - Selbstausschöpfung der beteiligten Wissenschaftler ist dann keine Seltenheit ...

Daß die institutionelle Infrastruktur der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung noch nicht trägt, kann man übrigens daran erkennen, daß die "Normalität" der Ergebnisvermittlung noch nicht eingekehrt ist: Es gibt keine Frühjahrs- oder Herbstgutachten über die ökologische Stabilität der Nation - vergleichbar jenen zur ökonomischen Lage -, obwohl doch die Mehrheit der Bevölkerung in ihrer Problemwahrnehmung dem Umweltthema neben der Arbeitslosigkeit gleiche oder zumindest ähnlich hohe Priorität beimißt. Nicht zuletzt aus diesem organisatorisch-institutionellen Defizit leitet sich meine vierte und letzte These ab.

#### *These 4:*

Sozialwissenschaftliche Umweltforschung sollte als eine besondere gesellschaftliche Kommunikationsaufgabe begriffen werden. Man mag dies auch "ökologisches Forschungs-Marketing" oder Bereitstellung einer "umweltbezogenen Infrastruktur" nennen, *in der und über die* Lehrer und Forscher,

Experten und Laien, Politiker und Öffentlichkeit miteinander kommunizieren können.

Es ist für mich ein bedauernswerter Umstand mitansehen zu müssen, wieviel geistige Kraft bereits in der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung steckt, aber nicht oder noch nicht "abgerufen" wird. Dies ist allerdings nicht allein, wie Zyniker meinen könnten, Folge eines zunehmenden "strukturellen Analphabetismus" oder, wie Kritiker sagen könnten, Folge der Tatsache, daß die Werteskala unserer Gesellschaft ohnehin auf "Katastrophe geeicht" sei. Es ist vermutlich auch oder sogar eher eine Folge der komplizierten Sprache und Symbolik der Sozialwissenschaften. Ich schließe mich, ich schließe das IIUG aus einer solchen Kritik nicht aus; die Durchsicht unserer Publikationsliste - nicht notwendigerweise die Lektüre der Veröffentlichungen selbst - wird manchem schon "spanisch" vorkommen ...

Auch aus diesem Grunde möchte ich Sie - als Wissenschaftler, Praktiker, Verwaltungsexperten, Bürger und Politiker - zur verstärkten Kooperation einladen und zu *frühzeitigen Dialogen* auffordern. Und in Anlehnung an eines anderen Dichters Wort möchte ich mit einer Bitte schließen: "Möge es uns dabei nicht so ergehen, daß wir zwar erfolgreich waren, aber keine Wirkung hatten."